



FDP-NRW · Sternstraße 44 · 40479 Düsseldorf

Arbeitsgemeinschaft
„Haus der Offenen Tür“ NRW
Herrn Hans-Jürgen Dahl
Herrn Bernd Opitz
Graf-Recke-Str. 209

40237 Düsseldorf

Freie Demokratische Partei
Landesverband NRW

Ralph Sterck
Hauptgeschäftsführer

Wolfgang-Döring-Haus
Sternstraße 44
40479 Düsseldorf

Fon 0211. 49 70 9-0
Fax 0211. 49 70 9-50

sterck@fdp.de

www.fdp-lv-nrw.de
www.das-neue-nrw.de

Bankverbindung:
Deutsche Bank AG Düsseldorf
Kto. 6 120 026
BLZ 300 700 24

Düsseldorf, 19. März 2010

Wahlprüfstein der AGOT - NRW

Sehr geehrter Herr Dahl,
sehr geehrter Herr Opitz,

wir nehmen Bezug auf Ihr Schreiben und antworten auf die Wahlprüfsteine der AGOT-NRW wie folgt:

Zu Frage 1:

Wir Liberalen sind der Ansicht, dass Offene Kinder- und Jugendarbeit entscheidend dazu beiträgt, positive Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre Familien zu schaffen.

Die FDP NRW teilt die Auffassung, dass der Einsatz finanzieller Mittel für die Verwaltung keine freiwillige Aufgabe der Träger der öffentlichen Jugendhilfe ist. Offene Kinder- und Jugendarbeit muss von den Trägern vielmehr als eine rechtlich kodifizierte Handlungsnorm begriffen werden, die eine Pflichtleistung einer familienfreundlichen Kommune im Rahmen ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit darstellt. Denn Kinder, Jugendliche und Familien benötigen Ansprechpartner, Angebote und Möglichkeiten zur Kommunikation innerhalb ihres Wohnumfeldes und ihrer Kommune und außerhalb der Sozialisationsbereiche Elternhaus und Schule. Wir streben an, dass die Träger der öffentlichen Jugendhilfe im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit die offene Kinder- und Jugendarbeit unterstützen und als Pflichtleistung begreifen.

Zu Frage 2:

Mit der Neufassung des Kinder- und Jugendförderplans für die Jahre 2006-2010 hat die von der FDP mitgetragene Regierungskoalition die Richtlinien zur Umsetzung des Kinder- und Jugendförderplans abgeändert. Wir haben fachbezogene Pauschalen und die Möglichkeit zur rechtsverbindlichen Bestätigung der Verwendung der Mittel eingeführt. Mit diesen Regeln haben wir die Förderung entbürokratisiert und sie für die Träger vereinfacht. Zudem haben die Träger mehr Freiraum für ihre wertvolle inhaltliche Arbeit erhalten.

Nichtsdestotrotz wollen wir das Finanzierungssystem, das Landesmittel pauschal an Kommunen ausschüttet und sich am Bestandsschutz orientiert, vor dem Hintergrund veränderter örtlicher Bedarfe überprüfen.

Ferner wird sich die FDP NRW weiter dafür einsetzen, den Trägern der Offenen Kinder- und Jugendarbeit so wenig Bürokratie wie möglich abzuverlangen.

Zu Frage 3:

Ein Schwerpunkt der von den Liberalen mitgetragenen Jugendpolitik der vergangenen fünf Jahre war die Stärkung der außerschulischen Bildungsorte. Für uns ist Bildung mehr als nur ein Schulfach. Vielmehr ist Bildung die Fähigkeit, selbstverantwortlich zu handeln und eigene Interessen wahrzunehmen. Bildung schafft ein Bewusstsein dafür, dass man ein Recht und die Chance hat, sich selbst zu verwirklichen. Vor diesem Hintergrund kommt den Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit, dazu zählen unter anderem die 2.320 offenen Jugendeinrichtungen und 45 Jugendkunstschulen, und den Jugendverbänden eine neue Bedeutung zu. Sie müssen selbständig einen Bildungsauftrag erfüllen und sich einbringen in die Bildungslandschaft vor Ort. Dieser neuen Rolle entspricht auch der Förderungsschwerpunkt des Kinder- und Jugendförderplans der vergangenen fünf Jahre. Es wurde bewusst mehr Geld in leistungsfähige Strukturen der verbandlichen, offenen, kulturellen, internationalen Jugendarbeit investiert, um sie als eigenständige Bildungsorte zu stärken. Die Förderung der Kinder- und Jugendarbeit haben wir zunächst verlässlich auf rund 75,1 Millionen Euro festgeschrieben und zuletzt auf über 80 Millionen Euro erhöht. Über die Hälfte der Mittel, nämlich 42,8 Millionen Euro, fließt dabei in die Offene Kinder- und Jugendarbeit. Die Liberalen in Nordrhein-Westfalen wollen diese Förderstruktur beibehalten.

Zu Frage 4:

Die eigenständige Kinder- und Jugendarbeit begründet unserer Ansicht nach einen unverzichtbaren Beitrag für die Förderung junger Menschen: Schule kann Jugendarbeit nicht ersetzen, aber Jugendarbeit kann Schule ergänzen. Wir haben die Mittel für Vereine und Verbände insbesondere im Bereich der Ganztagsbetreuung flexibilisiert, um auch Vereinen und Verbänden aus den Bereichen Sport, Kunst, Kultur, Musik usw. eine verbesserte Einbindung in den Ganztagsbereich zu ermöglichen. Diese bessere Verzahnung zwischen schulischen und freizeitorientierten Angeboten eröffnet den Anbietern die Chance, Kinder und Jugendliche frühzeitig an Angebote, wie das der AGOT, heranzuführen. So können Kinder und Jugendliche über die schulischen Aktivitäten hinaus für künstlerische, sportliche oder auch musische Aktivitäten ermutigt werden. Zudem setzt sich die FDP für eine aktive Bürgergesellschaft ein. Wir wollen Kinder und Jugendliche möglichst frühzeitig für ein freiwilliges ehrenamtliches Engagement begeistern.

Zu Frage 5:

Für die Kommunal- und Landespolitiker der FDP hat die Jugendpolitik eine große und in Zukunft noch weiter wachsende Bedeutung. Insbesondere im Jugendverband der FDP, den Jungen Liberalen (JuLis), sind viele junge Menschen vertreten, die sich für Themen, die die Jugend betreffen, einsetzen. Die Mitglieder der JuLis sind zwischen 14 und 35 Jahre alt und bekennen sich zu Toleranz, Welttoffenheit, gesellschaftlichen Zusammenhalt und Freiheit. Die JuLis in Nordrhein-Westfalen stehen im Dialog mit der FDP NRW. Oft geben sie wichtige Anregungen, wie jugendliche Anliegen besser in der Kommunal- und Landespolitik berücksichtigt werden können. Zudem sind die Kommunal- und Landespolitiker der

FDP NRW verhältnismäßig jung und setzen sich für die Interessen der Jugend häufig schon in eigener Sache ein. So ist beispielsweise der heutige Generalsekretär der FDP, Christian Lindner, als bisher jüngster Landtagsabgeordneter aller Zeiten im Jahr 2000 mit nur 21 Jahren in den Düsseldorfer Landtag eingezogen.

Zusatzfrage:

Um die negativen Folgen der Wirtschaftskrise auf kommunaler Ebene abzufedern, hat die von der FDP mitgetragene Regierungskoalition den Kommunen im Rahmen des Konjunkturpakets II schnell und unbürokratisch rund 84 Prozent des Gesamtfördervolumens zur Verfügung gestellt. Dies ist die bundesweit höchste Weiterleitungsquote. Hierdurch stehen für die Krisenjahre 2009 und 2010 rund 2,4 Milliarden Euro an zusätzlichen Mitteln für Investitionen in Bildung und Infrastruktur zur Verfügung. Darüber hinaus hat das Land mit dem Haushaltsgesetz 2010 verbesserte Möglichkeiten geschaffen, die Teilhabe finanziell angeschlagener Kommunen an wichtigen Förderprogrammen zu gewährleisten. Durch Herabsetzung des Eigenanteils auf 10 Prozent sowie die Schaffung der Möglichkeit, den Eigenanteil auch durch zweckgebundene Spenden erbringen zu können, wurde der Fördermittelzugang substantziell erleichtert.

Mit freundlichen Grüßen

Ralph Sterck
Hauptgeschäftsführer